Der Bürgermeister leitete in den Tagesordnungspunkt ein. Anschließend wurden die einzelnen Stellen beraten.

Herr Düßdorf (SPD-Fraktion) merkte an, dass die Begründungen in der Vorlage nicht ausführlich seien. Seines Erachtens nach fehlten Fakten wie beispielsweise geleistete Überstunden. Die Begründungen enthielten auch keine Alternativen zu den einzurichtenden Stellen.

Über die einzelnen Stellen wurde wie folgt abgestimmt:

1.01. Fachbereich Sicherheit und Ordnung

1.01.30 Fachdienst Bürgerservice

1.01.30/17

Fragen von Frau Bäsch (SPD-Fraktion) und Herrn Klöckener (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) wurden durch den Bürgermeister beantwortet.

Frau Jung (FDP-Fraktion) fragte nach den Kosten des für die Stelle erstellten Gutachtens. Der Bürgermeister sagte zu, die Höhe der Kosten nachzuliefern.

Protokollnotiz: Die Kosten für das Projekt „Organisationsberatung Verwaltung Stellenbemessung Bereich Bürgerservice“ betragen 16.362,50 EUR.

Herr Heistermann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragte, ob der hohe Arbeitsaufwand im Bereich Wahlen durch freie Arbeitskapazitäten innerhalb der Verwaltung gedeckt werden könne.

Herr Müller (FBL 1) antwortete, dass für den Arbeitsbereich „Wahlen“ in der Vergangenheit Personal innerhalb der Verwaltung abgeordnet wurde, dies gestalte sich aber aufgrund von Kapazitätsengpässen in anderen Fachbereichen als zunehmend schwierig.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass es sich um die Aufstockung auf eine ganze Stelle handelt, die dauerhaft im Stellenplan enthalten ist.

Die Abstimmung erfolgte in Bezug auf die halbe Stelle 0,5 VZÄ Stelle (EG 6) Einstimmig beschlossen.

3.04. Fachbereich Soziales und Wohnen

3.04.20 Fachdienst Wohnen

3.04.20/15

Herr Heistermann fragte, ob die Einrichtung der Stelle verschoben werden könne, da die Stelle in den Bereich des zukünftigen Sozialdezernenten falle.

Herr Gless und der Bürgermeister antworteten, dass der Fachdienst unter einer hohen Arbeitsbelastung aufgrund der hohen Fallzahlen stehe. Die Verwaltung möchte Arbeitsrückstände vermeiden. Hier sei dringender Handlungsbedarf gegeben.

Einstimmig bei 3 Enthaltungen beschlossen

3.04. Fachbereich Soziales und Wohnen

3.04.30 Sonstige soziale Aufgaben

3.04.30/03

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass es hier aufgrund des Anstieges der Fallzahlen um die Entfristung der Stelle gehe.

Einstimmig beschlossen

4.07. Fachbereich Tiefbau

4.07.40 ZABA

4.07.40/35

Einstimmig beschlossen

2. ANHEBUNG VON STELLEN

0.09. Bürgermeister-/Ratsbüro

0.09/06

Herr Knülle kam auf die Stelle bei dem Bürgermeister-/Ratsbüro zu sprechen (Arbeitsplatz-Nummer 0.09/06): Die Anhebung der Stelle würde damit begründet, dass der stellvertretende Pressesprecher mit inbegriffen würde.

Herr Düßdorf fragte, ob es dazu eine Stellenbeschreibung gäbe. Es würde davon ausgegangen, dass die Aufgaben eines Pressesprechers von einer ‚Full-Time-Person‘ erledigt werden könnten. Der Mehrbedarf würde nicht verstanden und wo sich dies hin kanalisieren würde.

Der Bürgermeister sagte, dass es um die Stelle für Social Media ginge. Diese Stelle sei bereits vor seiner Zeit als Bürgermeister geschaffen worden. Es gäbe eine Person für die Presse-Arbeit und eine Person für Social Media. Diese Personen würden sich gegenseitig vertreten. Jede Person, die in der Verwaltung tätig sei, könne einen Antrag auf Stellenbewertung stellen. Stellenbewertungen würden nicht mehr von der Verwaltung selber durchgeführt, sondern von Externen umgesetzt. Die Person, die diese Stelle derzeit besetzt, hat hier einen Antrag auf Stellenbewertung gestellt. Von der externen Firma sei diese Stellenbewertung durchgeführt worden. Aus Sicht des Gutachters würde diese Stelle nun mit EG 12 anstatt mit EG 10 bewertet. Dies bilde hier die Grundlage.

Herr Knülle fragte, ob dieser Stelle im Vergleich zu den Vorjahren zusätzliche Aufgaben zugefügt worden oder ob es gravierende Veränderungen gegeben habe, die in der Stellenbeschreibung zu dem Ergebnis kommen.

Der Bürgermeister sagte, dass die grundsätzlichen Zuständigkeiten klar seien: Eine Stelle für Social Media, eine Stelle für Presse. Vor über einem Jahr sei die Stellenbeschreibung auf den aktuellen Stand gebracht worden. Zudem sei nun der

Antrag auf Stellenbewertung gestellt worden. Das Ergebnis sei erfolgt.

Herr Metz bemerkte, dass dies den Stellenplan aushebeln würde. Es sei schwierig, wenn zu irgendeiner Stelle im Stellenverzeichnis neue Aufgaben hinzukämen und dann würde diese nach einer Stellenbewertung angehoben. Dann bräuchte man keinen Stellenplan beschließen mit einer Eingruppierung. Daher sähe man auch hier in der Beschreibung nicht die originären Aufgaben, sodass dies eine EG 12 sein müsste.

Der Bürgermeister widersprach dahingehend, dass sich Social Media in den letzten Jahren sehr gewandelt habe. Die Stelle sei wohl bereits vor 2020 eingerichtet worden. Social Media sei heutzutage ein viel intensiveres Geschäft, zu dem ‚Shitstorms‘ dazu gehörten. Dies habe es in dem Ausmaß in der Vergangenheit nicht gegeben. Es gäbe Sachverhalte, wo sehr genau kommuniziert werden müsse, da andernfalls die Reputation in einem ganz anderen Maße gefährdet sei. Als er als Bürgermeister angefangen habe, sei der Social Media-Auftritt der Stadt eigentlich nicht existent gewesen. Es habe zwar die Stelle geben, aber sei wenig in den entsprechenden Medien wenig gemacht worden. Mit der Zeit sei das Bespielen dieser Plattformen auf Initiative des neuen Bürgermeisters deutlich mehr geworden. Die Person, die eigenständig bei diesen Medien auf Kommentare antwortet, trage aber dennoch eine große Verantwortung. Der Stellenbewerber habe dies so eingeschätzt, dass diese große Verantwortung zu einer entsprechenden Anhebung der Stelle führen solle.

Herr Knülle erwiderte, dass dies nicht die Frage von Herrn Metz beantworte. Bei anderen Mitarbeitenden könne man auch nicht einfach kurzfristig entscheiden, dass neue Aufgaben hinzukommen würden und der daraus resultierende höhere Arbeitsaufwand würde dann zu Weiterbildungen und zu Stellenbewertungen oder Höhergruppierungen führen.

Herr Düßdorf sagte, dass man bei dem Skater-Park gesehen habe, dass der Umgang mit Social Media tatsächlich ein sensibles Thema sei. Dennoch könne hier überlegt werden, ob nicht ‚anders rum gedacht‘ ein Leistungsverzicht eine Stellenanhebung erübrigen würde. Es würde sich die Frage stellen, welche Aspekte aus einer Stellenbeschreibung entfernt würden, sodass dies möglich wäre. Dafür würde eben auch um eine Stellenbeschreibung gebeten.

Herr Metz sagte an den Bürgermeister gerichtet, dass man auch die umgekehrte Sichtweise berücksichtigen solle. Es sei schwierig, wenn erst eine Stelle mit bestimmten Aufgaben eingerichtet würde, dann die Aufgaben ausgeweitet würden und dann gesagt würde, dass höhergruppiert werden müsse mit den entsprechenden Mehrkosten. Zudem würde die strategische Rolle nicht bei dieser Stelle gesehen, sondern bei dem Pressesprecher, der zu 100 Prozent in den Bereichen involviert sei und Vorgaben machen würde, wie mit welcher Intonation zu kommunizieren und zu antworten sei. Man sähe grundsätzlich sehr positiv wie seitens der Stadt bei Facebook gearbeitet würde, manchmal sei dies auch zu viel. Eine weitere strategische Rolle bei Social Media würde dennoch nicht gesehen, dass hier eine Stelle mit der gleichen Wertigkeit und dem gleichen Portfolio sei. Die Stelle Social Media würde quasi auf Direktive der Stelle Pressesprecher arbeiten.

Der Bürgermeister bot an, dass man die Stellenbeschreibung gerne der Politik zukommen lassen würde. Es müsse geprüft werden, ob dies öffentlich erfolgen könne. Dort würde nichts Ungewöhnliches drinstehen. Dies würde noch vor der Ratssitzung erfolgen, sodass ersichtlich sei, dass dort nichts ‚reingepackt‘ worden sei, das dort nicht hingehöre.

Herr Knülle stellte fest, dass eine weitere EG 12-Stelle, die gleichwertig dem Pressesprecher sei, eingerichtet würde in einer Stadt mit weniger als 60.000 Einwohnern.

Frau Jung fragte, ob es nicht Schnittmengen mit den Fachbereichen gäbe bzw. ob nicht Vorbereitungsmaßnahmen in den Fachbereichen gemacht werden könnten, sodass hier weniger Arbeit anfalle. Ansonsten sei dies eine Überfrachtung von Themen bei einer Person. Der Stelleninhaber müsste sich sonst in den Einzelheiten aller Fachbereiche gut auskennen und dass hier eine Vorbereitung erfolgen könne. Zudem wäre es gut wenn manchen der genannten Aufgaben spezifiziert seien, da dies bisher nicht so gut nachvollziehbar sei. Daher würde man gerne eine Übersicht erhalten, bevor man dies abstimmen könne.

Herr Knülle sagte, dass der Ausschuss ein Interesse daran habe, die genauen Aufgaben zu kennen und ob dies so gewollt sei.

Herr Busch erklärte, dass er aus der Branche käme und es nicht nachvollziehbar sei, dass zwischen Presse und Social Media differenziert würde. Dies sei heute ungewöhnlich. Man benötige heute eine Person, die den Content managt und dann eine ‚Hilfskraft‘, die dies distribuiert. Zudem stelle sich die Frage, was ein Content Marketing mit Design-Software zu tun habe.

Herr Metz begrüßte das Angebot von Bürgermeister Leitterstorf: Man würde sich die Stellenbeschreibung wünschen, nämlich zu dem Zeitpunkt als die Stelle eingerichtet worden sei. Und dann die aktuelle Stellenbeschreibung, sodass die Unterschiede ersichtlich würden. Weiterhin hätte man gerne die Stellenbewertung im Original.

Herr Knülle fasste zusammen, dass es hier keine Beschlussempfehlung für den Rat geben würde und im Rat erneut aufgerufen werden müsse.

Es wurde aufgrund von Beratungsbedarf keine Beschlussempfehlung an den Rat gefasst.

3.05. Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
3.05.40 Fachdienst Frühkindliche Bildung
3.05.40/05
Einstimmig beschlossen

4.06. Fachbereich Stadtplanung und Bauordnung
4.06.10 Fachdienst Planung und Liegenschaften
4.06.10/20

Einstimmig beschlossen

4.07. Fachbereich Tiefbau
4.07.70 Bauhof
4.07.70/03

Einstimmig beschlossen

3. AUFSTOCKUNG EINER STELLE

1.01. Fachbereich Sicherheit und Ordnung
1.01.30 Fachdienst Bürgerservice
1.01.30/11

Einstimmig bei 3 Enthaltungen beschlossen

4. EINRICHTUNG EINES KW-VERMERKS

4.07. Fachbereich Tiefbau
4.07.40 ZABA
4.07.40/13

Einstimmig beschlossen

5. STREICHUNG EINER STELLE

3.00.03 Stabstelle Integration und Sozialplanung
3.00.03/04

Herr Düßdorf führte aus, dass die SPD-Fraktion eine Streichung aufgrund der erforderlichen integrativen und präventiven Aufgaben kritisch sehe.

Frau Jung merkte an, dass die Themen Integration und Sozialplanung in Zukunft eine große Rolle spielen würde.

Herr Herfeldt (CDU-Fraktion) führte aus, dass die Leistungen der Stabstelle anerkennungswürdig seien. In Bezug auf die Haushaltsdisziplin und im Hinblick auf die Frage wie eine pflichtige Aufgabe zeitweise durch eine freiwillige Aufgabe kompensiert werden könne, würde die CDU-Fraktion zustimmen.

Herr Heistermann empfahl, diese Entscheidung nicht vorwegzunehmen. Der zukünftige Dezernent müsse die Personalentscheidung neu bewerten.

Mehrheitlich abgelehnt

(10 Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP u. Fraktion Aufbruch, 7 Ja-Stimmen von CDU)